

Ressort: Politik

SPD-Arbeitnehmerflügel zieht rote Linien für Regierungsbeteiligung

Berlin, 07.12.2017, 05:00 Uhr

GDN - Der Arbeitnehmerflügel in der SPD (AfA) will einen kompletten Neustart in der Wirtschafts- und Sozialpolitik durchsetzen und greift damit vor dem SPD-Parteitag die Linie von SPD-Chef Martin Schulz an. "Es reicht nicht, vor Wahlen die soziale Karte unter immer neuen Überschriften zu ziehen, sondern jetzt kommt es darauf an, neue Glaubwürdigkeit zu erarbeiten", heißt es in einem Initiativantrag des AfA-Bundesvorstandes zum SPD-Parteitag, der dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Donnerstagsausgaben) vorliegt.

Unter der Überschrift "Rote Linien für die Arbeit der SPD in der Bundespolitik - unverzichtbare Kriterien für Mitgestaltung und Mitverantwortung" listet die AfA eine Vielzahl an Punkten auf, die aus ihrer Sicht für eine Regierungsbeteiligung unerlässlich sind. Das 17-seitige Papier geht weit über den Leitantrag des Parteivorstandes hinaus. So fordert die AfA etwa eine feste Frauenquote für Vorstände börsennotierter Unternehmen, ein Ende der staatlichen Förderung privater Altersvorsorge, die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in das staatliche Rentensystem bei gleichzeitiger Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze, die Erhöhung des Rentenniveaus, die Abschaffung des Ehegattensplittings, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Beibehaltung des Soli, die Wiederbelebung der Vermögensteuer sowie eine stärkere Besteuerung großer Erbschaften. "Glaubwürdigkeit und Vertrauen werden wir nur zurückgewinnen, wenn unser Handeln im politischen Alltag mit unserer grundsätzlichen Neuorientierung übereinstimmt und nicht von ständig neuen taktischen Erwägungen geprägt ist", heißt es in dem Antrag. "Wir halten die vorliegende Position des Parteivorstands für lückenhaft und zu unverbindlich, beispielsweise in den Bereichen Arbeit der Zukunft, Rente und Steuern sowie bei der Gestaltung des wirtschaftlichen Umbaus", begründete AfA-Chef Klaus Barthel im Gespräch mit dem RND den Antrag. "Die staatspolitische Verantwortung der SPD liegt nicht in der Beschaffung von Mehrheiten für falsche Politik und Stillstand." Er sehe eine SPD-Regierungsbeteiligung in jeglicher Form skeptisch, betonte Barthel. "In der AfA bestehen erhebliche Vorbehalte gegenüber einer Großen Koalition, aber auch einer Tolerierung einer wie immer gearteten Minderheitsregierung", sagt er. "Eine schlichte 'Neuaufgabe' einer GroKo kommt für uns nicht in Frage."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-98831/spd-arbeitnehmerfluegel-zieht-rote-linien-fuer-regierungsbeteiligung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com
www.gna24.com